

Acht Südtiroler Gemeinden bieten (zu) wenige Jobs

INNOVATIONSFESTIVAL: AFI-Tagung zum Thema „Arbeitsplätze und Abwanderung“ – „Sorgenkinder“ Altrei, Proveis und Schnals

BOZEN (sor). Das Phänomen ist nicht neu: Immer mehr junge Menschen aus den ländlichen Gebieten verlegen ihren Wohnsitz in die Stadt – mit Folgen für beide Gebiete, wie Gerald Mathis vom Institut für Standort-, Regional- und Kommunalentwicklung in Dornbirn gestern bei einer Tagung des Arbeitsförderungsinstitutes (AFI) im Rahmen des Innovationsfestivals betonte. „Die Städte kommen mit dem zusätzlichen Bedarf an leistbarem Wohnraum nur schwer zurecht.“ Für den ländlichen Raum bedeute diese Flucht eine Ausdünnung.

„Es ist aber keineswegs so, dass alle jungen Menschen den ländlichen Raum verlassen wollen, sondern vielmehr, dass sie gezwungen werden“, so Mathis. Seiner Meinung nach liegt diese Landflucht nämlich oftmals am fehlenden Arbeitsangebot in den peripheren Gebieten.

Der Frage, wie es diesbezüg-



„Das Ziel für die Zukunft muss die Stabilisierung der Problemzonen sein.“

Stefan Perini,
AFI-Direktor



„Die Menschen wollen dort Arbeit finden, wo sie auch ihren Lebensmittelpunkt haben, wo sie wohnen.“

Gerald Mathis,
Institut für Regionalentwicklung,
Dornbirn

lich in Südtirol aussieht, ging AFI-Direktor Stefan Perini in seinen Ausführungen auf den Grund. Das Ergebnis: In acht Südtiroler Gemeinden (Taufers im Münstertal, Kuens, Proveis, Mühlwald, Mölten, Altrei, Pfal-

zen und Prettau) gibt es drei Mal so viel ansässige Erwerbstätige wie Arbeitsplätze. In weiteren 23 Gemeinden sind es doppelt so viele ansässige Erwerbstätige wie Arbeitsplätze.

Fasst man die Problemzonen

in Kleinregionen zusammen, so sind laut Perini vor allem die Gebiete um Mals, um St. Martin in Passeier und um Sand in Taufers mit verhältnismäßig wenig Arbeitsplätzen ausgestattet.

Die größten Sorgenkinder in Südtirol – laut langjähriger Betrachtung – sind die drei Gemeinden Proveis, Schnals und Altrei. „In diesen Gemeinden ist sowohl die Einwohnerzahl als auch die Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze gesunken.“

Laut Perini ist es natürlich „völlig unrealistisch“, in jeder Gemeinde eine totale Autarkie – sprich einen Arbeitsplatz für jeden Erwerbstätigen – zu schaffen. „Das Ziel für die Zukunft muss aber die Stabilisierung der Problemzonen sein.“ Es sollten also genügend Arbeitsplätze in einer akzeptablen Entfernung geschaffen werden. Jene Gemeinden, die aufgrund von strukturellen Voraussetzungen

nicht genügend Arbeitsplätze bieten können, müssten dies durch Lebensqualität wettmachen, „wenn sie nicht ausgetrocknet werden wollen“, sagte der AFI-Direktor.

Insgesamt sollte man die Regionalpolitik in Zukunft vor allem auf die Stärkung der Nahversorgung, einer guten Erreichbarkeit, einer vernünftigen Standortpolitik und der Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen ausrichten. Auch ein funktionierendes Breitbandnetz und vernünftige Immobilienpreise seien wichtig, so Perini.

„Die Menschen wollen dort Arbeit finden, wo sie auch ihren Lebensmittelpunkt haben, wo sie wohnen“, fasste Mathis zusammen. Wenn es in einer Region keine Arbeitsplätze in zumutbarer Entfernung gibt, so komme es zwangsläufig zu einer negativen Bevölkerungsentwicklung.